

In Sachen wirksame fakultative Referenden

Abschaffung des Finanz- und Abgabenvorbehalts macht direkte Demokratie anwendbar

In der jüngsten Sitzung des Landtags legte die CDU-Fraktion Verfahrensvorschriften zur Umsetzung des so genannten fakultativen Referendums vor. Im Juni hatte die CDU schon die Verfassungsänderung in den Landtag eingebracht, die notwendig ist, um dieses direkt-demokratische Instrument in Thüringen einzuführen.

„Fakultatives Referendum“ bedeutet: Zu vom Parlament beschlossenen Gesetzen kann in einer bestimmten Frist nach der Veröffentlichung ein Volksbegehren gestartet werden. Werden bei der Unterschriftensammlung genügend Unterstützerunterschriften zusammengebracht, kommt es über das jeweils neu beschlossene Parlagengesetz zum Volksentscheid. Das fakultative Referendum gibt es schon seit längerer Zeit in der Schweiz.

Wenn Referendum, dann richtig

„Die LINKE-Fraktion befürwortet das direkt-demokratische Instrument des fakultativen Referendums schon viele Jahre“, betonte Anja Müller, Sprecherin für Bürgerbeteiligung. Das von der CDU gewählte Modell (z.B. die 50.000 Unterschriften, um das Verfahren zu starten) entspricht dem Schweizer Modell. Allerdings mit einem entscheidenden Unterschied: Anders als im CDU-Vorschlag gibt es in der Schweiz keinen Finanz- und Abgabenvorbehalt bei der direkten Demokratie, also auch nicht beim Referendum. An diese Feststellung schloss Anja Müller eine deutliche und entscheidende Kritik am CDU-Gesetzentwurf an: „Über eine Verweisung im Gesetzentwurf hat die CDU die Demokratiebremsen Finanztabu und Abgabenvorbehalt in ihren Vorschlag zum fakultativen Referendum eingebaut. Deshalb hat die LINKE-Fraktion in der ersten Lesung zur Ver-

fassungsänderung diesen Vorschlag als Mogelpackung bezeichnet. Denn solange in Thüringen noch ein so weitreichendes Finanztabu und ein Abgabenvorbehalt bestehen, sind viele Themen von Volksbegehren und Volksentscheid ausgeschlossen – weil sie Mehrausgaben oder erhebliche Umschichtungen von Mitteln im Landeshaushalt verursachen.

Die LINKE-Fraktion fordert daher, dass verbunden mit der Diskussion um das fakultative Referendum zwingend auch über die Abschaffung des Finanz-



tabus und des Verbots der Abstimmung über Abgaben gesprochen werden muss. Wenn Einführung des fakultativen Referendums, dann auch richtig und so umfassend wie möglich.“

Die Abgeordnete sagte auch, dass dieses weitreichende Finanztabu sich beim laufenden Volksbegehren zur Gebietsreform auswirken wird. Denn bei einem Erfolg würde es zu Veränderungen im Landeshaushalt kommen, die die Kommunen finanziell betreffen. Anja Müller erklärte für die LINKE Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft zu den Gesetzentwürfen, „doch die CDU muss ernsthaft bereit sein, das Thema Abschaffung Finanztabu und Abgabenvorbehalt anzugehen“. Auch SPD-Abgeordnete Dorothea Marx und GRÜNE-Abgeordneter Dirk

Adams erklärten sich für die Koalitionspartner bereit, wenn die CDU eine ernsthafte Weiterentwicklung der direkten Demokratie angehen will. Adams wies darauf hin, dass sich GRÜNE und LINKE schon lange für die Abschaffung des Finanz- und Abgabenvorbehalts in Thüringen einsetzen.

CDU bereit, zu verhandeln

In der Debatte signalisierte Fraktionsvorsitzender Mike Mohring, dass die CDU in den weiteren Beratungen der beiden Gesetzentwürfe bereit ist, über die Abschaffung des Finanz- und Abgabenvorbehalts – ebenfalls in der Verfassung verankert – zu sprechen und über ein „Gesamtpaket“ zu verhandeln. In der weiteren Debatte wies LINKE-Kommunalpolitiker Frank Kuschel nochmals ausdrücklich darauf hin, dass das von der CDU unterstützte Volksbegehren in Sachen Gebietsreform nun wohl auch deshalb in Schwierigkeiten kommen wird, weil die CDU über viele Jahre sich vehement gegen jegliche Änderung in Sachen Finanztabu und Abgabenvorbehalt gewehrt hatte. Nach Ansicht der LINKE-Fraktion ist es sinnvoll, zur Weiterberatung der Gesetzentwürfe auch eine Anhörung durchzuführen und dazu Sachverständige in Sachen fakultatives Referendum und direkte Demokratie ohne „Finanzhürden“ auch aus der Schweiz einzuladen.

Zuständig für die weitere Ausschussarbeit sind in diesem Fall der Innen- und Kommunalausschuss und der Justizausschuss, der sich generell um Verfassungsfragen kümmert. Ralf-Uwe Beck forderte namens des Bündnisses „Mehr Demokratie in Thüringen“ die Landtags-Fraktionen auf, in Sachen wirksame Referenden – auch angesichts positiver Erfahrungen damit in der Schweiz – aufeinander zuzugehen.

Sandra Steck

VON A BIS Z:

Netzneutralität

Der Bericht der BEREC zu den Leitlinien zur Netzneutralität in Europa wird von MdL Katharina König begrüßt. „Bemerkenswert, dass der Spielraum für sogenannte Spezialdienste weitgehend eingeschränkt wurde. Damit bleibt das Netz offen auch für kleine und neue Angebote, die sich einen teuren Wettbewerb um Geschwindigkeit mit Google, Facebook und Co nicht leisten können.“ Außerdem machte das Gremium deutlich, dass die Einhaltung von Datenschutz und Persönlichkeitsrechte notwendig ist. „Das ist eine erfreuliche Nachricht für alle Nutzerinnen und Nutzer“, konstatiert die Netzpolitikerin, die hierin einen Erfolg der intensiven Bürgerbeteiligung sieht. Fast 500.000 Stellungnahmen waren für die Richtlinien bei der BEREC eingegangen. „Allerdings werden gerade im Bereich mobiles Internet Eingriffe in den Datenstrom weiterhin zum Alltag gehören. Es bleibt die schwierige Aufgabe der Bundesnetzagentur, diese auf ihre Zulässigkeit, Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit zu überprüfen.“

Die BEREC (Body of European Regulators for Electronic Communications) ist das Gremium der europäischen Regulierungsstellen für den Telekommunikationssektor. Die von der BEREC erlassenen Richtlinien geben vor, wie die Verordnung zur Netzneutralität ausgelegt werden soll. Die jeweiligen Behörden der Mitgliedsländer, in Deutschland die Bundesnetzagentur, überwachen die Einhaltung der Vorschriften auf dieser Grundlage.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen sind anberaumt vom 28. bis 30. September, vom 9. bis 11. November sowie vom 7. bis 9. Dezember.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Tagungen auf der Besuchertribüne im Erfurter Landtag bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Fraktion vor Ort:

Mitglieder der Linksfraktion sind am Mittwoch, den 21. September, in Kahla, Kleinstadt im mittleren Saaletal, vor Ort. Anschließend findet um 19 Uhr eine öffentliche Podiumsdiskussion im Rathausfestsaal statt.

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Glyphosat-Einsatz

„Endlich konkrete Schritte für mehr Gesundheit der Menschen und Artenschutz in Thüringen“, so MdL Dr. Johanna Scheringer-Wright zum Beschluss des Koalitionsantrages „Glyphosat-Einsatz begrenzen“. Zu oft würden gerade in Kommunen und von Hauseigentümern chemische Pflanzenschutzmittel entgegen der Anwendungsvorschriften des Herstellers ausgebracht. Agrarforschung sowie Aus- und Weiterbildung in den grünen Berufen sollten sich vorbereiten, dass es mittelfristig zu einem generellen Verbot von Glyphosat komme. „Auch dann wird noch eine leistungsfähige Landwirtschaft möglich sein, nur müssen sich die Bauern wieder auf die Ackerbaumethoden ohne Glyphosat-Einsatz besinnen.“

Landesfrauenrat

Anlässlich der Vorstandsneuwahl des Landesfrauenrates am 3. September hat die Gleichstellungspolitikerin der Linksfraktion, Karola Stange, dessen Engagement im Rahmen der politischen Interessenvertretung aller Frauen in Thüringen gewürdigt. Dem Frauenrat gehören 31 Frauenorganisationen an. Er tritt für die Verbesserung der Situation der Frauen in Beruf, Gesellschaft und Familie ein und will den Einfluss von Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stärken. „Die Themen Novellierung des Thüringer Gleichstellungsgesetzes, Frauengesundheit und die Anliegen von in der DDR geschiedenen Frauen werden auch künftig auf unserer gemeinsamen Agenda stehen“, sagte die Landtagsabgeordnete.

Gesundheitsdienst

Die Regierungsfaktionen bekräftigten in der Landtagsdebatte am 1. September, dass der öffentliche Gesundheitsdienst in Thüringen nachhaltig gestärkt werden soll. Hier werde ein elementarer Beitrag zur Gesundheitsversorgung der Bevölkerung geleistet, betonte der LINKE-Abgeordnete Jörg Kubitzki. Bis zum Ende der Legislatur soll ein Thüringer Gesetz zum öffentlichen Gesundheitsdienst auf den Weg gebracht werden, das den angestellten Ärzten und den Kommunen Planungssicherheit gibt. Sicherergestellt wird die angemessene Bezahlung der im öffentlichen Gesundheitsdienst tätigen Ärztinnen und Ärzte, analog den Löhnen in anderen Bereichen des Gesundheitswesens.